



Wirtschaftsförderung muss insbesondere in Krisenzeiten bedeuten, positive Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, um weitere Arbeitslosigkeit zu vermeiden und Erwerbslosen neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wirtschaftsförderung kann bedeuten, neue Unternehmen mit besonderen Maßnahmen in der Stadt anzusiedeln; zugleich müssen aber auch einheimische Unternehmen durch staatliche Maßnahmen unterstützt und gefördert werden, um Arbeitsplätze-Bestandspflege zu treiben.

Was unternimmt die Stadt Bielefeld, um industrielle Beschäftigung zu sichern bzw. neu zu schaffen?

Auf Einladung der IG Metall in Bielefeld trafen sich Betriebsratsmitglieder am 17. März 2010 mit Oberbürgermeister Pit Clausen, um sich von ihm die Maßnahmen der Stadt Bielefeld, industrielle Beschäftigung zu sichern bzw. neu zu schaffen, erläutern zu lassen und über Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftsförderung zu diskutieren. Als weitere Gäste nahmen teil Vertreterinnen und Vertreter der Verbraucherzentrale, der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft WEGE, des Beratungsverbundes Viacon, der Bildungseinrichtung Arbeit und Leben und des DGB.

Harry Domnik, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Bielefeld gab einen Überblick über die Beschäftigtenentwicklung im vergangenen Jahr. So kam es in der Metallindustrie in Bielefeld und im Altkreis Halle zu einem Rückgang der Arbeitsplätze um 5,67 Prozent, was ungefähr dem Bundesdurchschnitt (minus 5,3 Prozent) entspricht; mit einem Verlust von 14,7 Prozent besonders schwer getroffen war jedoch die Textil- und Bekleidungsindustrie. In den von dieser Statistik erfassten 117 Betrieben wurden im Zeitraum Dezember 2008 bis Dezember 2009 insgesamt knapp 1.500 Arbeitsplätze abgebaut, das sind 7,21 Prozent.

Domnik machte auch auf die Probleme der Leiharbeitsverhältnisse aufmerksam: In aller Regel sind die Verdienste von Leiharbeitskräften bei gleicher Tätigkeit deutlich niedriger als die nach den im Entleihbetrieb geltenden Tarifverträgen der IG Metall. Aber nicht nur beim Einkommen sind Leiharbeitskräfte gegenüber den Stammbeschäftigten benachteiligt; gleichzeitig ist ihr Risiko, arbeitslos zu werden, größer. Mit über 4 Prozent Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat Bielefeld die höchste Leiharbeitsquote in Ostwestfalen-Lippe (OWL). Im restlichen OWL liegt diese Quote zwischen zwei bis drei Prozent. Der Anteil der Leiharbeitskräfte hat stark zugenommen: Von 2005 bis zum Beginn der Wirtschaftskrise nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt um 4,1 Prozent zu, im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Leiharbeitsverhältnisse jedoch mehr als zehnmals so stark, nämlich um 45,9 Prozent. Die IG Metall erwartet, dass verstärkt Leiharbeiter eingestellt werden, sobald die Konjunkturbelebung zu einem steigenden Arbeitskräftebedarf führt. Deshalb setzt sich die Gewerkschaft mit Nachdruck bei den Arbeitgebern für faire Arbeitsbedingungen ein, damit Leiharbeitskräfte mit ihrem Einkommen besser auskommen und der wirtschaftliche Anreiz für Unternehmen entfällt, zu Lasten von Stammbeschäftigten künftig vorwiegend billige Leiharbeitskräfte einzustellen.

Domnik verwies darauf, dass die Stadt Bielefeld an Beschäftigte in Niedriglohn-Arbeitsverhältnissen als aufstockende Sozialleistungen für Geringverdiener im vergangenen Jahr 23 Millionen Euro ausgab, eine „Subventionierung des Niedriglohnsektors“, so Domnik.

Zum Abschluss seiner Ausführungen wies er darauf hin, dass das produzierende Gewerbe in Bielefeld nur noch etwa ein Viertel der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der Stadt stellt; Bielefeld ist daher „keine Industriestadt mehr“.

Speziell an dieses Thema knüpfte **Oberbürgermeister Clausen** mit seinen Ausführungen an. Er erwähnte, dass industrielle Beschäftigung gesichert werden müsse, um die Wirtschaft als Motor der Stadt am laufen zu halten; diese Beschäftigungssicherung ist für Clausen „Chefsache“ und Teil der Wirtschaftsförderung im allgemeinen.

Ein Großteil der Rahmenbedingungen kommunalen Handelns – so Clausen – sei bereits vorgegeben, hauptsächlich durch bundespolitische Maßnahmen. In diesem Zusammenhang beklagte er sich über aktuelle Regierungspläne, die Gewerbesteuer komplett zu streichen und durch eine Beteiligung der Kommunen an der Mehrwert- und Einkommenssteuer auszugleichen. Da die Gewerbesteuereinnahmen in Bielefeld rund ein Viertel des kommunalen Haushalts ausmachten, würde durch eine komplette Streichung der Gewerbesteuer der finanzielle Handlungsspielraum der Städte weiter eingeschränkt.

Clausen: „Wer die Gewerbesteuer abschaffen will, der entlastet die Wirtschaft und belastet die Beschäftigten und Verbraucher. Das ist ein Skandal!“ Im Übrigen sei es systemisch falsch, durch den geplanten Wegfall der Gewerbesteuer der Stadt die Möglichkeit der Teilhabe am Erfolg der heimischen Wirtschaft zu nehmen. In diesem Zusammenhang räumte der Oberbürgermeister ein, dass die Möglichkeiten, autonom über Wirtschaftsförderung zu entscheiden, wegen der angespannten finanziellen Lage der Stadt und durch den laufenden Nothaushalt stark eingeschränkt sind. Die Arbeit der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft WEGE verdiene allerdings besondere Anerkennung.

Um die begrenzten Mittel möglichst optimal einzusetzen finde eine Fokussierung auf sogenannte Leitbranchen statt, wobei auch Stärken des Standorts Bielefeld genutzt werden müssten, Statt nach dem „Gießkannenprinzip“ müsse für die Wirtschaftsförderung auf Prosperität und Zukunftschancen von Branchen geachtet werden. Beispielhaft für denkbare Leitbranchen - mit starker Präsenz an der Universität Bielefeld - nannte Clausen die Bereiche Gesundheit, Informations- und Biotechnologie; an dieser Priorisierung müsse sich die Verteilung finanzieller Hilfen und die Verteilung von Gewerbeflächen orientieren.

Clausen bemängelte, dass der Grundsatz der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit zwar im Gesetz stehe, diese Selbstverständlichkeit andererseits jedoch in der Leiharbeit nach geltendem Recht durch Billig-Tarifverträge der Leiharbeitsbranche umgangen werden dürfe.

SPD und Gewerkschaften seien bei der unter Bundeskanzler Gerhard Schröder neu geschaffenen Gesetzesregelung davon ausgegangen, dass es nicht dazu kommen werde, dass jemals Gewerkschaften Billigtarife abschließen, die gegen den Grundsatz „gleiche Arbeit – gleicher Lohn“ verstoßen; eine Fehleinschätzung, wie die seither ausgehandelten Tarifabschlüsse der Verbände der Leiharbeitsunternehmen mit den sich selbst als „christliche“ Gewerkschaften bezeichnenden Vereinen zeigten.

Pit Clausen bekräftigte die Notwendigkeit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, der keineswegs mit tariflichen Mindestlöhnen im Widerspruch stehen würde, vielmehr hätten sich beide Instrumente zu ergänzen, so Clausen.

Im Anschluss an die Ausführungen von Clausen schloss sich eine ausführliche Diskussion an: Auf die Frage, ob kleine und mittlere Unternehmen stärker in die Wirtschaftsförderung mit einbezogen werden könnten, verwies Clausen auf die Möglichkeit, durch verschiedene Angebote Unternehmen zu vernetzen und zu beraten, um ihnen dadurch Hilfestellung zu leisten; wenn es jedoch um finanzielle Unterstützung gehe, seien die Mittel der kommunalen

Kasse begrenzt. Durch Wirtschaftsförderung könnten allerdings strukturelle Probleme einzelner Unternehmen und Branchen nicht behoben werden.

Eine hohe Qualifikation der Facharbeiter stellte Clausen als Wettbewerbsvorteil heraus. Wegen der demografischen Entwicklung drohe ein Mangel an Facharbeitern in der Zukunft. Deshalb verdienten alle Anstrengungen im Bereich der Bildung und beruflichen Bildung jede Unterstützung, auch wenn es sich hierbei nicht um das Kernstück der kommunalen Wirtschaftsförderung handele. Besonders Mädchen und junge Frauen müssten mehr für industrielle Berufe gewonnen werden; Clausen bemerkte, dass die Vermittlung von Mädchen und jungen Frauen in klassische Industriebetriebe immer noch unbefriedigend laufe.

Clausen erwähnte, dass er ein Gremium auf städtischer Ebene einrichtet, in dem Fachleute Lösungen für Defizite im Bildungsbereich für alle Altersgruppen erarbeiten werden – von der Kindertagesstätte bis zur beruflichen Bildung und Weiterbildung. Zwei Schwerpunkte für Handlungsbedarf mache er bereits jetzt aus: Einerseits müsse die Bildung an den Berufskollegs verbessert werden und die vergleichsweise niedrige Abiturquote von etwas über 30 Prozent weiter erhöht werden; er bekräftigte, dass er trotz der schwierigen Haushaltslage an dieser Stelle nicht zu sparen beabsichtige.

Mit der Landtagswahl am 9. Mai bestehe die Möglichkeit, die politischen Verhältnisse so zu ändern, dass die derzeitige Finanzpolitik, die die Kommunen besonders unter Druck setzt, in dieser Form nicht mehr fortgesetzt wird.